

Michael C. Bienert · Lars Lüdike (Hrsg.)



ZEITGESCHICHTE IM FOKUS

5

Preußen zwischen Demokratie und Diktatur

Der Freistaat, das Ende der Weimarer Republik
und die Errichtung der NS-Herrschaft, 1932–1934

be.bra
wissenschaft verlag

Preußen zwischen Demokratie und Diktatur

ZEITGESCHICHTE IM FOKUS
Schriftenreihe der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv

Bd. 5

Eine gemeinsame Publikation des Landesarchivs Berlin, des Stadtarchivs
Magdeburg und der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv.

MICHAEL C. BIENERT, LARS LÜDICKE (HRSG.)
UNTER MITARBEIT VON LEONIE KAYSER

Preußen zwischen Demokratie und Diktatur

Der Freistaat, das Ende der Weimarer Republik
und die Errichtung der NS-Herrschaft, 1932–1934

be.bra
wissenschaft verlag

Bibliografische Information Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen und
die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos, in
weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra wissenschaft verlag GmbH
Berlin-Brandenburg, 2018
KulturBrauerei Haus 2
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin
post@bebraverlag.de
Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin
Umschlag und Satz: typgerecht, Berlin
Schrift: Minion 10,5/14pt
Druck und Bindung: Friedrich Pustet, Regensburg
ISBN 978-3-95410-104-7
ISSN 2194-4318

www.bebra-wissenschaft.de

Inhalt

MICHAEL C. BIENERT / LARS LÜDICKE

Preußen zwischen Demokratie und Diktatur, 1932–1934

Eine Einführung 7

MICHAEL WILDT

»Machtergreifung« in Preußen

Historischer Überblick und offene Forschungsfragen 25

PETER LONGERICH

**Preußen in der nationalsozialistischen Machtergreifungsstrategie,
1930–1934**

51

MICHAEL C. BIENERT

Feinde der Republik

Kommunisten und Nationalsozialisten im Preußischen Landtag 71

SIEGFRIED HEIMANN

Der »Preußenputsch« im Juli 1932 und die Regierung Otto Braun 105

HANS-ULRICH THAMER

Die Zerstörung des Rechtsstaates und die Legalisierung der Diktatur

Ausnahmезustand, politische Gewalt und Selbstmobilisierung 129

DANIEL SCHMIDT

Die Transformation der preußischen Schutzpolizei, 1932–1934 149

DAVID JÜNGER

Weimarer Verlängerungen

Die Juden Deutschlands, der 30. Januar 1933 und
die Krise der Emanzipation, 1929–1934 173

HANNAH AHLHEIM

»Unermesslich groß ist der Schaden«

Antisemitische Boykotte und der Prozess der
nationalsozialistischen »Machtergreifung« in Preußen 197

HANS-CHRISTOF KRAUS

»Preußen« als politische Chiffre

Zum Preußenbild der Konservativen Revolution 221

LARS LÜDICKE

Inszenierung und Instrumentalisierung

Der »Tag von Potsdam« 241

TOBIAS HIRSCHMÜLLER

18. Januar 1871 – 30. Januar 1933

Der Wandel der nationalsozialistischen Erinnerungskultur
an Reichsgründung und »Machtergreifung« 271

Anhang

Quellen- und Literaturhinweise 308

Abkürzungsverzeichnis 314

Personenregister 316

Herausgeber und Autoren 318

Abbildungsnachweis 320

Preußen zwischen Demokratie und Diktatur, 1932–1934

Eine Einführung

Das Ende von Weimar, der Freistaat Preußen und die historische Forschung

Bei Diplomaten handelt es sich in der Regel um sachliche Menschen. Neben vielen Pflichten gehört es zur Kernaufgabe ihres Berufes, die eigenen Regierungsstellen mit professioneller Gelassenheit und verlässlichen Einschätzungen über die Entwicklungen im jeweiligen Gastland zu unterrichten. Ganz im Sinne dieses Dienstverständnisses muss man auch den Bericht verstehen, den der amerikanische Geschäftsträger in Berlin Alfred W. Kliefoth am 31. Januar 1933 an Außenminister Henry L. Stimson sandte. Ausführlich informierte Kliefoth über die jüngsten politischen Geschehnisse im Deutschen Reich, die sich an den Rücktritt des bisherigen Reichskanzlers Kurt von Schleicher drei Tage zuvor knüpften. Schleicher sei, erläuterte der Diplomat, das Opfer einer politischen Intrige von einer kleinen Gruppe an Nationalisten geworden, die eine strikt reaktionäre Regierung anstrebten und deshalb beim Reichspräsidenten sowie dessen Beratern die Position des bisherigen Regierungschefs systematisch unterminiert hätten. Zum Nachfolger Schleichers sei innerhalb von 48 Stunden Adolf Hitler ernannt worden. Die neue Regierung stütze sich auf Nationalsozialisten, die Nationalisten um Franz von Papen und Alfred Hugenberg sowie den paramilitärischen »Stahlhelm«-Verband. Die Kooperation dürfte sich allerdings aufgrund divergierender Interessen als schwierig erweisen. Um die Aufmerksamkeit von unausweichlichen Konflikten innerhalb der Regierung abzulenken, werde sich Hitler sicherlich zunächst auf den Kampf gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten – den gemeinsamen politischen Feind der in seinem Kabinett vertretenen Gruppen – konzentrieren. Im Parlament könne sich der neue Reichskanzler auf höchstens 270 von insgesamt 584 Abgeordneten stützen. Um einem Misstrauensvotum zu entgehen, müsse er wenigstens den Rückhalt der Zentrumsparterie gewinnen. Sollte keine Einigung erzielt werden, seien eine Auflösung des Reichstags und Neuwahlen unvermeidlich. Ungewiss erschien nicht nur

die Stabilität der Regierung, sondern auch deren Politik. Bislang habe sie zwar noch keine Grundsatzerklärung abgegeben. Doch um vorauszusagen, welchen Kurs man von ihr zu erwarten habe, genüge es zu wissen, dass im neuen Kabinett der reaktionäre und monarchistische Einfluss vorherrsche.¹

Die geschäftsmäßig wirkenden Ausführungen legen nahe, dass Kliefoth den Regierungswechsel vom 30. Januar 1933 als ein relativ »normales« Ereignis einstufte. Diese Annahme war insofern nicht gänzlich unbegründet, als dass das Kabinett Hitler in einer Kontinuität der seit dem Frühjahr 1930 regierenden Präsidialkabinette zu stehen schien – die allesamt nur für kurze Zeit amtiert hatten. Fraglich blieb generell, was in den turbulenten Zeiten als »normaler« Vorgang gelten konnte. Denn nicht weniger als 20 Kabinette hatten seit 1919 in Deutschland regiert – und deren übergroße Mehrheit für nur jeweils wenige Monate. Dass aus Hitlers Berufung zum Kanzler aber eine zwölf Jahre währende Diktatur erwuchs, die mit einem Höchstmaß an krimineller Energie Europa in einen neuen Weltkrieg stürzte und mit der Shoa nichts weniger als einen Zivilisationsbruch verantwortete, lag sowohl für den amerikanischen Diplomaten wie auch für die allermeisten Zeitgenossen weit jenseits ihrer dunkelsten Vorstellungskraft.

Die Verlaufsgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme ist von der historischen Forschung vielfach beschrieben worden. Der Übergang zum System der Präsidialkabinette, sodann die Berufung Hitlers am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler, ferner der Reichstagsbrand, der »Tag von Potsdam«, die Verabschiedung des »Ermächtigungsgesetzes« und andere Ereignisse mehr gelten als die zentralen Stationen für das Ende der Weimarer Republik und den Weg in die NS-Diktatur. Auch gehört zum kollektiven Gedächtnis der Deutschen, was den Prozess der »Machtergreifung« charakterisierte: die Abschaffung der Demokratie, der Terror gegen politisch Andersdenkende, die Zerschlagung der Gewerkschaften, die Errichtung einer Einparteiherrschaft, die Entrechtung der Juden und die Umformung sämtlicher Bereiche der deutschen Gesellschaft.² Seit den bahnbrechenden Untersuchungen zur »Auflösung der Weimarer Republik«³ und zur »Deutschen Diktatur«⁴, mit denen Karl Dietrich Bracher zwei Arbeiten vorlegte, die inzwischen zu den Klassikern der Zeitgeschichtsschreibung zählen, hat eine außerordentlich

1 Bericht von Alfred W. Kliefoth an Henry L. Stimson vom 31. Januar 1933, abgedr. in: Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers 1933, Bd. 2, Washington D.C. 1949, S. 183–186.

2 Vgl. die Ansprache des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages »Die Zerstörung der Demokratie in Deutschland vor 75 Jahren« am 10. April 2008, abgedr. in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 30-1 vom 10. April 2008.

3 Karl D. Bracher: Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Mit einer Einleitung von Hans Herzfeld, Stuttgart 1955.

4 Ders.: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969.

produktive Forschung eine kaum noch überschaubare Breite an Forschungspositionen und Erklärungsmodellen, Kontroversen und Debatten hervorgebracht, die in unzähligen Monografien und Aufsätzen vorliegt.⁵

Gleichwohl existieren trotz des überaus regen Forschungsinteresses immer noch »weiße Flecken« für die Geschichtswissenschaft. Das gilt insbesondere für den Prozess der Machterlangung in den deutschen Einzelstaaten sowie auf regionaler und lokaler Ebene. Das Beispiel des Freistaates Preußens ist in diesem Zusammenhang sehr aufschlussreich, steht es doch geradezu stellvertretend für den Befund: Aufgrund seiner territorialen Ausdehnung, der Bevölkerungsgröße sowie der wirtschaftlichen und politischen Vorrangstellung seit der Reichsgründung 1871 taucht Preußen in den Darstellungen zur »Machtergreifung« zwar häufig auf, allerdings kann von einer systematischen Untersuchung des Freistaates nur bedingt gesprochen werden. Zu den in den 1980er Jahren entstandenen Studien von Sabine Höner und Dietrich Orlow, die immer noch als die zentralen Referenzwerke gelten,⁶ ist seitdem nur wenig hinzugekommen.⁷ Der Umstand mag überraschen, denn es

5 Zur »Machtergreifung« im Allgemeinen siehe als Auswahl: Josef Becker: 1933 – Fünfzig Jahre danach. Die nationalsozialistische Machtergreifung in historischer Perspektive (= Schriften der Philosophischen Fakultät der Universität Augsburg, Bd. 27), München 1983; Karl D. Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln u.a. 1960; Martin Broszat: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1984; Norbert Frei: »Machtergreifung«. Anmerkungen zu einem historischen Begriff, in: VfZ 31 (1983), H. 1, S. 136–145; Michael Kießner (Hrsg.): Der Weg in den Nationalsozialismus 1933/34 (= Neue Wege der Forschung), Darmstadt 2009; Wolfgang Michalka (Hrsg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn 1984; Horst Möller: Die nationalsozialistische Machtergreifung – eine Revolution?, in: Revue d'Allemagne 16 (1984), H. 3, S. 337–352; Hans Mommsen: Die nationalsozialistische Machteroberung. Revolution oder Gegenrevolution, in: Christof Dipper/Lutz Klinkhammer/Alexander Nützenadel (Hrsg.): Europäische Sozialgeschichte. Festschrift für Wolfgang Schieder (= Historische Forschungen, Bd. 68), Berlin 2000, S. 41–56; Jürgen M. Schulz: Die »Nationalsozialistische Revolution«, in: Kurt Imhof/Peter Schulz (Hrsg.): Kommunikation und Revolution (= Mediensymposium Luzern, Bd. 3), Zürich 1998, S. 335–357; Wolfgang Treue/Jürgen Schmäddeke (Hrsg.): Deutschland 1933. Machterfall der Demokratie und nationalsozialistische »Machtergreifung«. Eine Vortragsreihe (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 42), Berlin (West) 1984; Andreas Wirsching (Hrsg.): Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft (= Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Bd. 9), Göttingen 2009.

6 Sabine Höner: Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat - und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928–1934 (= Bochumer historische Studien, Neuere Geschichte, Bd. 3), Bochum 1984; Dietrich Orlow: Weimar Prussia, 1925–1933. The Illusion of Strength, Pittsburgh/Pa. 1991.

7 Zur »Machtergreifung« in Preußen siehe Jürgen Elvert: »Konservative Revolution«, Nationalsozialismus, Widerstand. Preußenbilder in dreifach gebrochener Perspektive, in: Christiane Liermann/Gustavo Corni/Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): Italien und Preußen. Dialog der Historiographien (= Reihe der Villa Vigoni, Bd. 18), Tübingen 2005, S. 281–302; Maik Hattenhorst: Magdeburg 1933. Eine rote Stadt wird braun (= Magdeburger Schriften, Bd. 3), Halle (Saale) 2010; Höner: Der nationalsozialistische Zugriff (wie Anm. 6); Ulrich Josten: Preußische Polizei und nationalsozialistische

Das neu ernannte Kabinett Hitler, 30. Januar 1933. Sitzend v.l.n.r. Hermann Göring (ohne Geschäftsbereich), Adolf Hitler (Reichskanzler), Franz von Papen (Vizekanzler); stehend v.l.n.r. Franz Seldte (Arbeit), Günther Gereke (Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung), Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk (Finanzen), Wilhelm Frick (Inneres), Werner von Blomberg (Reichswehr), Alfred Hugenberg (Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung).



ist schon seit langer Zeit weitgehend unstrittig, dass das vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun geführte »rote« Preußen ein »Bollwerk« der Demokratie bildete. Während in vielen deutschen Einzelstaaten – etwa in Thüringen, Braunschweig, Anhalt, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin – zum Teil bereits ab 1930 Nationalsozialisten in unterschiedlichen Konstellationen an den Landesregierungen beteiligt waren oder diese sogar anführten, wurde Preußen über viele Jahre regiert von einer »Weimarer Koalition« aus Sozialdemokratischer Partei, Zentrumspartei und Deutscher Demokratischer Partei. Die Koalitionsregierung versuchte mit verschiedenen Maßnahmen, den wachsenden Machtanspruch der NSDAP einzudämmen. Auch wenn dieser Politik aus unterschiedlichen Gründen,

Machtergreifung in Bonn, in: Norbert Schloßmacher (Hrsg.): »Kurzerhand die Farbe gewechselt«. Die Bonner Polizei im Nationalsozialismus (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 66), Bonn 2006, S. 25–40; Orlow: Weimar Prussia, 1925–1933 (wie Anm. 6); Daniel Schmidt: Offiziere zweiter Klasse? Preußische Polizeioffiziere zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus, in: Christian A. Braun/Michael Mayer/Sebastian Weitkamp (Hrsg.): Deformation der Gesellschaft? Neue Forschungen zum Nationalsozialismus (= Seminarreihe Bonner Venusberg, Bd. 4), Berlin 2008, S. 3–22; Christoph Vondenhoff: Hegemonie und Gleichgewicht im Bundesstaat. Preußen 1867–1933. Geschichte eines hegemonialen Gliedstaates (= Berichte aus der Rechtswissenschaft), Aachen 2001; Bernd Walter: Rheinland, Westfalen, Preußen und der Nationalsozialismus (1933–1945/47), in: Georg Mölich/Veit Veltzke/Bernd Walter (Hrsg.): Rheinland, Westfalen und Preußen. Eine Beziehungsgeschichte, Münster 2011, S. 353–379.

denen im Rahmen des vorliegenden Bandes noch nachzugehen ist, letztlich kein Erfolg beschieden war, so betrachteten schon die Zeitgenossen den Freistaat Preußen als Stabilitätsfaktor der Weimarer Republik oder, wie es der Publizist Sebastian Haffner einmal treffend formulierte, als ein »Musterland des republikanischen Deutschland«. ⁸ Diese Sichtweise steht freilich in Widerspruch zu jenen konservativ ausgerichteten Konnotationen der Chiffre »Preußen«, welche die Nationalsozialisten für ihre Zwecke übernahmen und instrumentalisierten.

Der Prozess von Machtübernahme und Etablierung des NS-Regimes im Freistaat Preußen stand im Mittelpunkt zweier Tagungen, die am 13. und 14. November 2013 in Berlin sowie am 9. und 10. April 2014 in Magdeburg stattfanden. Den Anlass zu beiden Veranstaltungen bot das von der Berliner Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten initiierte Themenjahr »Zerstörte Vielfalt – Berlin in der Zeit des Nationalsozialismus«, mit dem im Jahr 2013 vor allem an den 80. Jahrestag der Machtübernahme Hitlers und an den 75. Jahrestag der Novemberpogrome von 1938 erinnert wurde. ⁹ Beide Tagungen, auf denen sowohl renommierte Expertinnen und Experten referierten als auch Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler ihre Forschungsergebnisse präsentierten, folgten dem Jahresthema und beleuchteten die unterschiedlichen Dimensionen der Formierungsphase nationalsozialistischer Herrschaft in Preußen. Im Zentrum stand die Leitfrage, wie und warum der republikanische Freistaat zwischen 1932 und 1934 im Zuge der »Machtergreifung« und der »Gleichschaltung« durch die Nationalsozialisten einem umfassenden politischen Wandlungsprozess unterworfen werden konnte. Die Tagungen waren ausdrücklich einem multiperspektivischen Ansatz verpflichtet. Neben der »klassischen« Politikgeschichte fanden gleichfalls Ansätze der Ideen-, der vergleichenden Landes-, der Verwaltungs- und Gesellschaftsgeschichte umfassende Berücksichtigung. Ziel war es, die Komplexität des Übergangs vom »roten« zum »braunen« Preußen vor dem Hintergrund neuer methodischer Herangehensweisen und Fragestellungen noch umfassender als bislang zu erkunden und die Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft einer vergleichenden Betrachtung zu unterziehen.

Dabei wurde insbesondere die Frage nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten von der Weimarer Republik in die frühe NS-Diktatur evident. In diesem Sinne sollte das Übergreifende, Prozesshafte der »Machtergreifung« stärker hervortreten als es

⁸ Sebastian Haffner: Preußen ohne Legende, 3. Aufl., Hamburg 1990, S. 482.

⁹ Vgl. Dorett Auerswald (Red.): Vielfalt ist Freiheit. Dokumentation des Themenjahres 2013 »Zerstörte Vielfalt – Berlin 1933–1938–1945«, Berlin 2013; Moritz van Dülmen/Wolf Kühnelt/Bjoern Weigel (Hrsg.): Zerstörte Vielfalt – Berlin 1933–1938–1945. Eine Stadt erinnert sich, 2. Aufl., Berlin 2013. – Siehe auch Michael Wildt/Christoph Kreutzmüller (Hrsg.): Berlin 1933–1945, München 2013.

bislang oftmals der Fall war. Deshalb war auch die Eingrenzung auf den Zeitraum 1932–1934 bewusst gewählt, der zwei zentrale Daten der Geschichte Preußens einschloss: einerseits den Staatsstreich des Reichskanzlers Franz von Papen am 20. Juli 1932, als mittels einer Notverordnung die geschäftsführende preußische Staatsregierung unter Otto Braun des Amtes enthoben und durch eine dem Reichskanzler unterstehende Kommissariatsregierung ersetzt wurde,¹⁰ und andererseits das »Gesetz über den Neuaufbau des Reichs« vom 30. Januar 1934, das die Länderparlamente formal beseitigte und die Hoheitsrechte der deutschen Einzelstaaten auf das Reich übertrug.¹¹ Ausdrücklich widmeten sich die Konferenzen also nicht allein der Erforschung der Anfänge des Nationalsozialismus in Preußen, sondern ebenso der Untersuchung der Endphase der »überforderten Republik« (Ursula Büttner). Damit sollte nicht zuletzt dem wieder wachsenden wissenschaftlichen Interesse an den Anfängen und dem Scheitern der ersten deutschen Demokratie Rechnung getragen werden. Die Gründung der Forschungsstelle Weimarer Republik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 2016 ist ein Beleg für diesen begrüßenswerten Forschungstrend der letzten Jahre.¹² Dem Ansatz folgend, übergreifende Entwicklungen in den Blick zu nehmen, gingen die Referentinnen und Referenten zum Teil über die Zeitspanne 1932–1934 hinaus, um Kontinuitäten und Brüche zu verdeutlichen. Auch in den nunmehr publizierten Ausführungen beleuchteten sie teilweise sehr viel größer gefasste Zeiträume, die weit in die Jahre der Weimarer Republik zurückreichen sowie bis zur Mitte der 1930er Jahre führen.

Die Anlage der Tagungen folgte einer modulartigen Struktur – beide Veranstaltungen bauten inhaltlich aufeinander auf. Während die Berliner Konferenz ihren Fokus auf die Gesamtentwicklung des preußischen Staates richtete, ging es bei der Magdeburger Veranstaltung um die Vertiefung der Befunde, indem die Durchsetzung der »Machtergreifung« und die daraus resultierenden Konsequenzen auf provinzieller und kommunaler Ebene in den Blick genommen wurden. Mit diesem vergleichenden Ansatz, der Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Prozesses der »Machtergreifung« in ausgewählten Provinzen und Städten des Freistaates ausdif-

10 Vgl. Joachim Lilla: Der Reichskommissar für das Land Preußen 1932 bis 1933, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, N.F. 19 (2009), H. 1, S. 91–118; Kurt Wernicke: Probelauf »Preußenschlag«. Der 20. Juli 1932 als Test für den 30. Januar 1933, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.): Vom Fels zum Meer. Preußen und Südwestdeutschland (= Stuttgarter Symposien, Bd. 10), Tübingen 2002, S. 209–225.

11 Gesetz über den Neubau des Reichs vom 30. Januar 1934, abgedr. in: Reichsgesetzblatt 1934, Teil 1, Berlin 1934, S. 75.

12 Vgl. Michael Dreyer/Andreas Braune (Hrsg.): Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert (= Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 1), Stuttgart 2016; dies. (Hrsg.): Republikanischer Alltag. Die Weimarer Demokratie und die Suche nach Normalität (= Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 2), Stuttgart 2017.

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun (rechts) und Innenminister Carl Severing, 1932.



ferenzierte, knüpfte die Tagung gewissermaßen an den in den 1970er und 1980er Jahren verbreiteten Trend zur lokal- und regionalgeschichtlichen Erforschung des »Dritten Reiches« an.¹³ Da solche tiefenscharfen Analyseansätze jedoch nicht selten »zur Segmentierung an sich nicht voneinander zu trennender Zusammenhänge« beitragen¹⁴, wurden die regional- und lokalgeschichtlichen Untersuchungen in vergleichende und übergeordnete Perspektiven eingebettet, sodass als Tagungsergebnis ein zusätzlicher Erkenntnisgewinn mit wissenschaftlich relevanter Erklärungsqualität zu Buche stand. Im Ganzen lieferten die Tagungen also nicht nur neue Aufschlüsse zum Prozess der nationalsozialistischen Machtübernahme in Preußen und den komplexen Zusammenhängen seines Verlaufs; sie bestätigten auch die Zweckmäßigkeit des Versuches, Makro-, Meso- und Mikroebene zusammenzuführen.

13 Eine Vorbildfunktion hatte hierbei das vom Institut für Zeitgeschichte München zwischen 1977 und 1983 durchgeführte Forschungsprojekt »Bayern in der NS-Zeit«. Siehe ausführlich dazu Ian Kershaw: Bayern in der NS-Zeit. Grundlegung eines neuen Widerstandskonzepts, in: Horst Möller/ Udo Wengst (Hrsg.): 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 315–329; Hermann Rumschöttel: Archive, Landesgeschichte und Zeitgeschichtsforschung. Das Projekt Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933–1945, in: ebd., S. 303–313.

14 Klaus Hildebrand: Das Dritte Reich (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 17), 7., durchges. Aufl., München 2009, S. 146.

Links: Wahlplakat der NSDAP zur preußischen Landtagswahl am 24. April 1932.



Rechts: Flugblatt der SPD in Breslau zur preußischen Landtagswahl am 24. April 1932.



Bei der Planung und Organisation der Konferenzen fanden sich mehrere Forschungseinrichtungen, Archive und andere Institutionen zusammen. Neben der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv, dem Stadtarchiv Magdeburg und dem Landesarchiv Berlin, die als zentrale Veranstalter fungierten, brachten mit der Brandenburgischen Historischen Kommission e. V., der Fakultät für Humanwissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, der Historischen Kommission zu Berlin e. V. und dem Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt weitere fachlich ausgewiesene und wichtige Partner ihre Expertise ein. Während die Berliner Tagung eine finanzielle Förderung durch die Stiftung Preußische Seehandlung erhielt, wurde die Durchführung der Konferenz im Magdeburger Alten Rathaus durch Mittel der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt sowie der Kloster Bergeschen Stiftung unterstützt.

Die Beiträge

Die in dem vorliegenden Band veröffentlichten elf Aufsätze beruhen auf jenen Vorträgen, die im November 2013 auf der ersten Tagung im Landesarchiv Berlin gehalten wurden. Der eröffnende Beitrag von Michael Wildt (Berlin) gibt nicht nur einen historischen Überblick über den Verlauf der Geschehnisse, die zur Macht-

übernahme der Nationalsozialisten im Freistaat Preußen führten. Vielmehr verbindet der Autor diesen ereignisgeschichtlichen Aufriss mit einer Skizze noch offener Forschungsfelder. Wie Wildt argumentiert, sei Preußen für die Nationalsozialisten zwischen 1930 und 1933 ein »Laboratorium der Machteroberung« gewesen, das deshalb immer noch erhebliche Möglichkeiten für historischen Erkenntnisgewinn bereithalte. Ausgehend von dem Befund, dass die politische Entwicklung des Freistaats im Kontext der »Machtergreifung« nach wie vor einen veritablen Untersuchungsgegenstand darstelle, plädiert der Autor dafür, die Rolle Preußens als eigenständigen Faktor in der deutschen Politik in der Zeit zwischen 1930 und 1933 ernst zu nehmen. Konkret verweist er auf die Notwendigkeit von Lokalstudien, in denen es Regionen und Städte fernab der Reichshauptstadt zu untersuchen gelte. In diesem Zusammenhang regt er für die Spätphase der Weimarer Republik an, Ausmaß und Wirkung der immer wieder in der Forschung angeführten taktischen Kooperation zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu analysieren. Die Zusammenarbeit der beiden Parteien während der Kampagne zum Volksentscheid zur Auflösung des Preußischen Landtags 1931 und anlässlich des BVG-Streiks in Berlin Ende 1932 können hierfür als prominente Beispiele angeführt werden.¹⁵ Wie die meisten anderen Autoren identifiziert auch Wildt den Staatsstreich vom 20. Juli 1932 als wichtige Zäsur; besonderen Wert verspricht er sich von einer Untersuchung des im Zuge des »Preußenschlages« eingeleiteten Personalaustauschs im staatlichen Verwaltungsapparat, und zwar hauptsächlich auf unterer und mittlerer Ebene. Auch die Erforschung der Reaktionen der unterschiedlichen politischen Kräfte und Gesellschaftsschichten habe, so Wildt, viel Potenzial.

Peter Longerich (London) wendet sich in seinem Beitrag den Strategien der Nationalsozialisten zur Machteroberung im Reich sowie in Preußen zu. Der Freistaat habe, so Longerich, einen integralen und unverzichtbaren Bestandteil der nationalsozialistischen Konzeptionen zur Machterlangung dargestellt. Seit 1930 sei er als ein zentraler Faktor in den entsprechenden Überlegungen der Parteilührung um Hitler nachzuweisen. Deshalb müsse man die »Machtergreifungen« im Reich und in Preußen als zwei parallel verlaufende Prozesse deuten, die sich gegenseitig bedingten und ergänzten. Die Führung der NSDAP sei sich jedenfalls darüber im Klaren gewesen, dass eine Regierungsbeteiligung auf Reichsebene zugleich den Gewinn eines bestimmenden Einflusses in Preußen notwendig machte, weil andernfalls das Machtergreifungskonzept zu scheitern drohte. Auf diesen Grundfeststellungen aufbauend, geht Longerich sowohl auf die unterschiedlichen

15 Vgl. Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 74), München 2007; Klaus R. Röhl: Die letzten Tage der Republik von Weimar. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932, Wien 2008 [1994].

Optionen ein, die sich den Nationalsozialisten auf dem Weg zur Macht zwischen 1930 und 1933 auf Reichsebene stellten, als auch auf deren Bedeutung für die Machteroberung in Preußen. Wie er ausführt, werde in diesem Analyserahmen zugleich deutlich, dass Adolf Hitler – entgegen der weit verbreiteten Forschungsmeinung – keineswegs ein Spielball der unterschiedlichen Strömungen innerhalb der NSDAP gewesen sei. Vielmehr habe er stets die Rolle des Entscheiders und Gestalters ausgefüllt. Dementsprechend dürften auch die unterschiedlichen Ansätze zur »Machtergreifung«, die sich teilweise überschneiden oder in rascher Folge ablösen, nicht als Ausdruck einer Konzeptionslosigkeit Hitlers missverstanden werden. Zutreffend sei eher, dass dieser Pluralismus die Autorität Hitlers insofern belegt, als der »Führer« aus einer Position taktischer Flexibilität innerhalb seiner Partei agieren konnte. Auf Basis dieser Deutungen widmet sich Longerich abschließend der Frage, warum das Vorhaben Papens und der Rechtskonservativen scheiterte, Hitler mittels einer Regierungsbeteiligung nach dem 30. Januar 1933 politisch einzurahmen. Ausschlaggebend hierfür waren, wie Longerich ausführt, drei Faktoren: erstens die Durchsetzung von Hitlers Forderung nach der Kanzlerschaft, zweitens die Übernahme der beiden Innenministerien im Reich und in Preußen durch Nationalsozialisten sowie drittens die Ankündigung von Neuwahlen, die der NSDAP eigene Mehrheiten im Reichstag sowie im Preußischen Landtag bescherten.

Die beiden folgenden Aufsätze wenden sich dem langjährigen Konflikt zwischen den verfassungsfeindlichen rechts- und linksextremen Kräften auf der einen Seite sowie den Vertretern der republikanischen Staatsordnung in Preußen auf der anderen zu. Im ersten Aufsatz betrachtet Michael C. Bienert (Berlin) die Tätigkeit der KPD und der NSDAP im Preußischen Landtag. Ungeachtet aller weltanschaulichen Differenzen hätten sich beide Parteien in ihrer Ablehnung der liberalen Demokratie sowie des parlamentarischen Systems als »Schwestern im Geiste« erwiesen: Die Bekämpfung der herrschenden politischen Verhältnisse und ihre Beseitigung seien sowohl für die Nationalsozialisten als auch für die Kommunisten das erklärte Ziel gewesen. Doch aus strategisch-taktischen Erwägungen habe es für beide Parteien gegolten, sich in den durch die Landesverfassung von 1920 geschaffenen Realitäten einzurichten und die Umstände im Sinne der eigenen Zwecke auszunutzen. Während die KPD seit 1921 im Landtag als Oppositionskraft kontinuierlich präsent gewesen sei, habe die NSDAP im Freistaat lange Jahre nur ein Schattendasein als Splitterpartei geführt. Infolge der geringen Größe ihrer Abgeordnetengruppe und des fehlenden Fraktionsstatus seien die Möglichkeiten der Nationalsozialisten, den Landtag als politische Bühne zu nutzen, bis 1932 überaus begrenzt ausgefallen. Dieser geringe Handlungsspielraum habe nicht zuletzt ein Zusammenwirken der extremen Parteien gegen die Regierung Braun im Parlament

begünstigt. Immer wieder hätten sich Kommunisten, Deutschnationale und Nationalsozialisten zu taktischen Bündnissen zusammengefunden, die allerdings nicht über tagesaktuelle Zielsetzungen hinausreichten, geschweige denn nach vorne gerichtet waren. Bienert zeigt auf, dass diese unsystematische Form der Kooperation sich nicht nur in Misstrauensanträgen erschöpfte, sondern auch in anderen Bereichen der parlamentarischen Arbeit wiederholt hervortrat. Wie er darlegt, zog die Führung der preußischen NSDAP um Wilhelm Kube (insbesondere seit dem Erfolg bei der Reichstagswahl im September 1930) den Landtag immer stärker in ihre Überlegungen zur Machteroberung ein. In dem Bestreben, für Preußen perspektivisch einen rechtskonservativ-nationalen »Bürgerblock« mit der DNVP und der Zentrumsparterie zu bilden, verfolgten die Nationalsozialisten demnach die Absicht, das Auftreten der eigenen Partei im Hohen Haus als staatstragend und -erhaltend zu zeichnen, ohne dabei freilich die eigene radikale Programmatik aufzugeben. Die Rolle des »parlamentarischen« und in Teilen sogar »moderaten« Gesichts der NS-Bewegung im Freistaat sei insbesondere Hanns Kerrl zugefallen. Dauerhaft sei die große Diskrepanz zwischen Fassade und Wirklichkeit für die NSDAP allerdings nicht zu überdecken gewesen.

Im zweiten Aufsatz untersucht Siegfried Heimann (Berlin) sodann am Beispiel des Staatsstreichs vom 20. Juli 1932 die Trias aus republikanischen sowie links- und rechtsextremen Parteien. In dieser Analyse zeichnet er deshalb nicht nur kurz die komplexe Vorgeschichte des »Preußenschlages« nach und hinterfragt die Ursachen und Motive. Vielmehr widmet sich Heimann schwerpunktmäßig den Reaktionen des geschäftsführenden preußischen Staatsministeriums, das gegen seine Absetzung Protest einlegte und dafür den juristischen Weg einschlug (der schließlich im Oktober 1932 vom Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches mit einem umstrittenen Kompromissurteil entschieden wurde¹⁶). Ausführlich würdigt er zudem den Preußischen Landtag, der sich im Zuge des »Preußenschlages« als Verteidigungsbollwerk der Demokratie verstand: Die angeschlagenen, aber keineswegs geschlagenen demokratischen Parteien widerstanden unter Führung der SPD dem wachsenden Druck der Nationalsozialisten, die das Parlament in die Selbstauflösung zu drängen versuchten, weil zu erwarten war, dass die NSDAP bei Neuwahlen deutlich hinzugewinnen würde. Darüber hinaus beschäftigt sich Heimann mit der bereits von Michael Wildt diskutierten Frage, inwieweit ein deutlich aktiverer Widerstand

16 Vgl. Jürgen Bay: Der Preußenkonflikt 1932/33. Ein Kapitel aus der Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik, Erlangen 1967; Henning Grund: »Preußenschlag« und Staatsgerichtshof im Jahre 1932 (= Studien und Materialien zur Verfassungsgerichtsbarkeit, Bd. 5), Baden-Baden 1976; Joachim Lilla: Der »Preußenschlag«. Verfassungsrechtliche Auswirkungen der Amtsenthebung der preußischen Regierung, in: Manfred Görtemaker (Hrsg.): Otto Braun. Ein preußischer Demokrat, Berlin 2014, S. 103–117.

seitens des preußischen Staatsministeriums, der Parteien und der Gewerkschaften überhaupt realistisch gewesen wäre – und welche weitreichenden Konsequenzen sich daraus möglicherweise ergeben hätten.

Die Frage, wie es den Nationalsozialisten gelang, ihren totalen Machtanspruch im Staats- und Justizapparat Preußens durchzusetzen, wird in den Beiträgen von Hans-Ulrich Thamer (Münster) und Daniel Schmidt (Paderborn) thematisiert. Thamer beschreibt am Beispiel der Justiz den Prozess der Zerstörung des Rechtsstaats, wobei er die Entwicklungen auf nationalstaatlicher Ebene mit den parallelen Geschehnissen im Freistaat sowie in der Provinz Westfalen verknüpft. Auf der Grundlage neuerer Studien zeigt er auf, wie die nach dem 30. Januar 1933 einsetzenden Machteroberungsprozesse und die Entwicklung der Justiz bzw. die Auflösung von Rechtsnormen aufeinander einwirkten. Vorauseilender Gehorsam, Selbstmobilisierung im Sinne des neuen Regimes und Anpassungsbereitschaft seien, so Thamer, aufseiten der Justiz charakteristische Merkmale gewesen. Viele der von den Nationalsozialisten eingeleiteten Maßnahmen stünden in vielfachem Bezug zum »Preußenschlag«, ohne dessen systematische Einbeziehung die Auflösung des Rechtsstaates nicht erklärt werden könne. In ähnlicher Weise hätten die Nationalsozialisten auch von einem noch älteren »Erbe« profitiert: der weitverbreiteten Angst des bürgerlichen Deutschlands vor einem kommunistischen Umsturz. Sie trug maßgeblich dazu bei, dass preußische Juristen keinen Protest gegen die Beseitigung der in der Weimarer Verfassung garantierten bürgerlichen Grundrechte erhoben. Mit perfidem Geschick hätten die Nationalsozialisten zudem eine Doppelstrategie verfolgt, die aus der Zusicherung justizieller Unabhängigkeit und der gleichzeitigen Bedrohung von Gerichten und Richtern bestand. Im Zusammenwirken all dieser Faktoren sei – besonders im Bereich des Strafrechts – eine zunehmende Politisierung der Rechtsprechung möglich gewesen, wie Thamer mit Zahlenbeispielen eindrucksvoll illustrieren kann.

Mit der preußischen Schutzpolizei wendet sich Daniel Schmidt einem Beispiel zu, an dem sich die Transformation in anschaulicher Weise nachvollziehen lässt. Auch wenn die Schutzpolizei in weiten Teilen der Öffentlichkeit zu Beginn der 1930er Jahre als ein »republikanisches Erfolgsprojekt« galt, habe, so Schmidt, eine Verankerung in der demokratischen Kultur der Weimarer Republik – zumindest in der Breite – mitnichten stattgefunden. Ursächlich sei ein Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren gewesen, von denen zwei besondere Bedeutung zukam: Erstens eine auf das Kaiserreich zurückreichende Tradition, die auch auf militärische Kontexte und autoritäre Denkweisen rekurrierte, und zweitens die Erfahrungen in der bürgerkriegsähnlichen Frühphase der Republik, die zu Feindbildern und Vorurteilen, insbesondere zu einem scharfen Antikommunismus, geführt hatte. Wesentlich für die Haltung der Schutzpolizei, die Anfang der 1930er Jahre auch



Der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Magnus Heilmann wird während des Staatsstreichs in Preußen von Angehörigen der Reichswehr in Haft genommen, 20. Juli 1932.

von der Gewalt der SA geprägt war, sei der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 gewesen. Mit der Kommissariatsregierung habe ein Personalaustausch in den Führungsetagen des Polizeiapparats eingesetzt, der die Grundlagen für die spätere Umformung der republikanischen Schutzpolizei in eine nationalsozialistische Ordnungspolizei legte. Überdies habe sich Hermann Göring, nachdem er am 30. Januar 1933 bzw. am 10. April 1933 zum »Reichskommissar für das preußische Innenministerium« bzw. zum Preußischen Ministerpräsidenten ernannt worden war, zahlreiche Maßnahmen zunutze machen können, die im Zuge des »Preußenschlags« eingeleitet worden waren. Differenziert analysiert Schmidt die Reaktion der Schutzpolizei auf die Machtübernahme der Nationalsozialisten: etwa die Desorientierung und Lähmung, die um sich griff, oder den Kampf aller gegen alle, bei dem es um polizeiliche Macht-, aber auch um persönliche Karrierechancen gegangen sei. In diesem Zusammenhang komme ebenfalls der symbolischen Aufwertung der Polizei, die mit der öffentlichen Bestätigung eines »heldischen« Selbstverständnisses (inklusive Totenkult und Heldenverehrung) einherging, eine besondere Bedeutung zu. Diese »soldatische« Kultur habe sich als weitaus attraktiver für Polizisten erwiesen als die Leitbilder des republikanischen Staates.

Auch am Beispiel der jüdischen Reaktionen auf den 30. Januar 1933 wird deutlich, wie bestimmend zäsurübergreifende Entwicklungen waren. Bereits Ende der 1920er Jahre habe sich, so arbeitet David Jünger (Berlin) in seinen Aufsatz heraus,

innerhalb des deutschen Judentums, insbesondere in den Kreisen der Intellektuellen, das Gefühl einer existenziellen Krise verbreitet. Es speiste sich nicht allein aus den Erfahrungen mit der aufsteigenden NS-Bewegung, sondern ebenso aus dem Verfall des europäischen Liberalismus und dem Niedergang der jüdischen Lebenswelten in Ost- und Südosteuropa. Nach dem großen Erfolg der NSDAP bei der Reichstagswahl im September 1930 und den sich immer bedrohlicher entwickelnden gesellschaftlichen und politischen Bedingungen intensivierten sich die innerjüdischen Debatten um Möglichkeiten und Grenzen einer jüdischen Zukunft in Deutschland. Infolge dieser Diskurse hätten jüdische Hilfsorganisationen, die die Emigration aus dem Deutschen Reich förderten, bereits vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten deutlich an Zuspruch gewonnen. Unter Rückgriff auf die zeitgenössische jüdische Presse führt Jünger den Nachweis, dass gerade unter den Juden Preußens die Wahrnehmung des Jahres 1932 als »Entscheidungs-jahr« stark ausgeprägt gewesen sei. Demgegenüber hätten sie auf den 30. Januar 1933 zwar mit Verunsicherung, aber keineswegs mit Panik reagiert – in der Annahme, dass sich die Krisensymptomatik der Weimarer Demokratie in das »Dritte Reich« verlängern würde. Paradoxerweise habe die Berufung der Hitler-Regierung also insofern zu einer »Verbesserung« der Situation beigetragen, als nach den Jahren der Ungewissheit nunmehr Klarheit über die zu erwartende Entwicklung zu bestehen schien. Trügerisch seien auch die ersten Monate im NS-Staat gewesen: Während die oppositionellen Parteien und zahlreiche Verbände schnell verboten, aufgelöst oder gleichgeschaltet wurden, blieben den Juden weiterhin Freiräume bei der Religionsausübung erhalten. Wie Jünger resümiert, habe sich die jüdische Gemeinschaft somit in der widersprüchlichen Situation befunden, dass sie »zwar im Fokus der nationalsozialistischen Propaganda« gestanden, aber »dennoch eine Art demokratische Oase im nationalsozialistischen Deutschland« gebildet habe.

Ausgehend vom Aprilboykott von 1933, arbeitet Hannah Ahlheim (Berlin) in ihrem Beitrag den historischen Kontext heraus, um Kontinuitäten und Brüche zu skizzieren. In dieser Perspektive zeige sich, dass der Boykott jüdischer Geschäfte, Kanzleien und Praxen zwar eine neue Dimension antisemitischer Politik markiert, aber zugleich in einer langen Reihe ähnlich gelagerter Aktionen gestanden habe. Schon für die Endphase der »Goldenen Zwanziger« seien in Preußen, wie Ahlheim schildert, lokal und zeitlich begrenzte »stille« Boykottaktionen gegen die Inhaber von jüdischen Geschäften und Firmen nachzuweisen. Insbesondere unter dem Eindruck der sozialen und ökonomischen Folgen der Weltwirtschaftskrise habe sich die Situation sodann in einer Weise verändert, dass jüdische Interessenorganisationen gezwungen gewesen seien, Gegenmaßnahmen zu organisieren. Nicht immer sei freilich, was die Zusammenfassung zu statistischen Bestandaufnahmen erschwere, der Tatbestand gewalttätiger Übergriffe o. ä. erfüllt gewesen. Vielmehr

seien antijüdische Aktionen in vielfältigen Erscheinungsformen aufgetreten. Zutreffend sei ferner, so Ahlheim, dass sich die Boykottaktionen, konkret auch ihre Häufigkeit und ihr Ausmaß, von Ort zu Ort unterschieden hätten – vor allem in Abhängigkeit von der jeweiligen sozialen und wirtschaftlichen Situation der jüdischen Gewerbetreibenden und dem Einfluss der lokalen NSDAP-Organisationen. Trotz dieser Aspekte bleibe festzuhalten, dass antijüdische Vorfälle in vielen ostpreussischen Kleinstädten in den ersten Monaten und Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft deutlich zugenommen hätten. Zudem sei eine gewisse Eigendynamik nachzuweisen, jedenfalls deuten Anzahl und Radikalität lokaler Boykottaktionen darauf hin, dass dem Faktor »Selbstermächtigung« eine nicht unwesentliche Rolle zukam.

Der abschließende Teil des Bandes umfasst drei Aufsätze, die rezeptions- und ideengeschichtlichen Forschungsansätzen folgen. Zunächst analysiert Hans-Christof Kraus (Passau) das Preußenbild der »Konservativen Revolution« in den Jahren der Weimarer Republik. Am Beispiel ihrer prominenten Vertreter – Arthur Moeller van den Bruck, Ernst Niekisch, Hans Schwarz, Oswald Spengler und Wilhelm Stapel – untersucht Kraus, in welchem Umfang »Preußen« als politische Chiffre und als Projektionsfläche eingesetzt wurde, um ein ideologisches Gegenbild zur Weimarer Republik zu entwerfen. Wie er herausarbeitet, sei der Preußenbegriff von den Wortführern der »Konservativen Revolution« ganz unterschiedlich interpretiert und funktionalisiert worden. Moeller van den Bruck habe vor allem die Strenge und Funktionalität der politischen Organisation Preußens betont, ferner dessen Rationalität, Sachlichkeit sowie die antimythische und antiromantische Wirklichkeitsorientierung. Spengler stellte vornehmlich ein antiliberales und antidemokratisches Gemeinschaftsbewusstsein heraus, das von der Notwendigkeit zur Unterordnung des Einzelnen in die politische Gemeinschaft ausgegangen sei. Insbesondere von Niekisch sei das Preußentum als Chiffre für eine Ostorientierung genutzt worden, die auf ein deutsch-russisches Zusammenwirken und mithin eine bewusste Abgrenzung zu den »westlichen Traditionen« der deutschen Geschichte ausgerichtet gewesen sei. Schwarz habe vor allem die Idee einer deutschen Hegemonie über den mitteleuropäischen Raum abgeleitet, Stapel den Wiederaufstieg des Reiches nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg. So unterschiedlich die Ausdeutungen waren, mit denen sich die Vertreter der heterogenen »Konservativen Revolution« positionierten, so eindeutig war, wie Kraus herausstellt, die übergreifende Zielsetzung ihres Preußenrekurses: Preußen wurde als Chiffre und Konzept interpretiert, mit denen sie den Kampf gegen die Siegermächte von 1918 wie gegen das westliche Staatsmodell, die Republik, zu begründen suchten.

Wie stark sich die Nationalsozialisten um die Indienstnahme von Mythen bemühten, ist Gegenstand des Aufsatzes von Lars Lüdicke (Berlin) zur historischen

Verortung des »Tages von Potsdam«. Mithilfe einer Rekonstruktion der Vorbereitungen zum Festakt gelingt die Dekonstruktion der zahlreichen Legenden, die sich um dieses vielbeachtete Ereignis ranken. Zwar habe sich der Plan, einen symbolischen Kontrapunkt zur Republik von Weimar zu setzen, durchaus mit Hitlers Absichten gedeckt; Organisation und Ablauf des Staatsaktes zeigten jedoch deutlich, dass die Nationalsozialisten keineswegs federführend waren. Schon die Rolle von Joseph Goebbels stelle sich anders dar, als der »Reichspropagandaminister« in seinen Selbstzeugnissen glauben machen wollte. Tatsächlich sei der »Tag von Potsdam« keine Inszenierung der NS-Propaganda, sondern das Ergebnis unterschiedlicher Faktoren gewesen – unter denen Zufälle ebenso eine Rolle spielten wie der Einfluss Paul von Hindenburgs. Insbesondere den Interventionen des Reichspräsidenten, der dem Festakt ein traditionelles Gepräge geben wollte, müsse eine größere Bedeutung zugemessen werden, als die historische Forschung bislang angenommen habe. Hindenburg sei nämlich bestrebt gewesen, die Inszenierung des Festaktes auch als Inszenierung seiner Person zu gestalten. Mit wohlkalkulierten Gesten habe er sich gezielt an einem Akt von Geschichtspolitik versucht, mit dem er sich als Wegbereiter der nationalen Einheit präsentieren wollte. Für Hitler sei diese Konstellation, wie Lüdickes Schlussfolgerungen lauten, ein Glücksfall gewesen: Gerade weil der Festakt nicht im Stil nationalsozialistischer Formsprache abgehalten worden sei, habe der neue Reichskanzler gleichfalls Nutzen aus dem Ereignis ziehen können, und zwar in Form der Partizipation am charismatischen Kapital des legendären »Helden von Tannenberg« und »Marschallpräsidenten«. Dass die Nationalsozialisten von dem Festakt profitierten, dessen Inszenierung sie nicht zu verantworten hatten, lag hauptsächlich an der Instrumentalisierung des Ereignisses, die auf Goebbels zurückging.

Im abschließenden Beitrag widmet sich Tobias Hirschmüller (Eichstätt) dem Wandel der nationalsozialistischen Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, für die der 18. Januar 1871, das Gründungsdatum des Deutschen Reiches, einen wichtigen Bezugspunkt darstellte. Programmgemäß wurde, da die NS-Bewegung zu keinem Zeitpunkt auf die Wiederherstellung des 1918 untergegangenen Kaiserreichs abhob, der Rekurs im Sinne eines Narratives ausgestaltet, das die Einheit aller Deutschen beschwor. Sukzessive habe die NS-Propaganda weitere Daten in ihre Legitimitäts Erzählung integriert: den 30. Januar als Gründungsdatum des »Dritten Reiches«, den 5. März, den Tag der Reichstagswahl, oder den 21. März, den »Tag von Potsdam«. Ab dem Jahr 1934 zeichnete sich Hirschmüller zufolge jedoch der 30. Januar als das fixe Datum des sich neu etablierenden Staatsgründungsmythos ab. Dessen Kern habe in der Vorstellung des Regimes von der »Machtergreifung« als Auftakt zur Krisenüberwindung bestanden. Der Autor legt unter Rückgriff auf die theoretischen Überlegungen des Philosophen Hans Blumenberg dar, wie sich

Anlässlich des »Tages von Potsdam« wird eine Hakenkreuzfahne an der Nikolaikirche gehisst, 21. März 1933.



im Zuge der Errichtung der Diktatur die Schwerpunkte der staatlichen Erinnerungspolitik verschoben und an die ideologisch-politischen Schwerpunktsetzungen angepasst wurden – bis sie in der Endphase des Zweiten Weltkrieges in den Dienst des Durchhaltedogmas gestellt wurden.

* *

Die Pflicht zur Danksagung, die sich bei Fertigstellung eines Buches stellt, ist ein Privileg, wenn man große Unterstützung erfahren hat. Unser besonderer Dank gilt an erster Stelle der Autorin und den Autoren. Ohne ihre Beiträge wäre der erfolgreiche Abschluss des Tagungsprojekts, dessen Erträge der geneigte Leser nun in den Händen hält, nicht möglich gewesen. Darüber hinaus sind wir den zahlreichen Kooperationspartnern dankbar, die sowohl die Vorbereitung als auch die Durchführung der Konferenzen auf vielfältige Weise unterstützten. In Magdeburg hat sich die ehemalige Leiterin des Stadtarchivs Dr. Maren Ballerstedt von Beginn an für unsere Idee eingesetzt. In jeder Phase des Projekts stand sie uns mit großer Umsicht und mit fachlichen Ratschlägen hilfreich zur Seite. Gleiches gilt für Prof. Dr. Uwe Schaper, den Direktor des Landesarchivs Berlin. Auch ihm sind wir deshalb zu großem Dank verpflichtet. Ohne die finanziellen Förderungen durch die Stiftung Preußische Seehandlung, die Landeszentrale für politische Bildung

Sachsen-Anhalt sowie die Kloster Bergesche Stiftung wären die beiden Tagungen nicht durchführbar gewesen. Bei der redaktionellen Arbeit leistete Leonie Kayser unverzichtbare Hilfe. Last but not least danken wir Matthias Zimmermann vom be.bra wissenschaft verlag für den Langmut, die umsichtige Betreuung und das Lektorat des Bandes.

Berlin, im April 2018

Die Herausgeber

»Machtergreifung« in Preußen

Historischer Überblick und offene Forschungsfragen

Die nationalsozialistische Machteroberung des Reiches begann mit dem 20. Juli 1932 in Preußen, denn die verfassungswidrige Absetzung der geschäftsführenden Regierung Braun und die Einsetzung von Reichskommissaren als exekutive Macht im größten und wichtigsten Staat des Deutschen Reiches beendeten die »Bastion der Republik«, eine Regierung aus Sozialdemokraten, Zentrumspartei und Liberalen, die mehr als zwölf Jahre eine stabile demokratische Macht in der Weimarer Republik dargestellt hatte, und leiteten mit den rechtskonservativen Säuberungen vor allem in der Polizei die autoritäre Wende im Staat ein.

Gegenüber der politischen Bedeutung, die Franz von Papens Staatsstreich besaß, ist die Forschung zum Machteroberungsprozess in Preußen eigentümlich unentwickelt. Zwar sind die Geschehnisse des 20. Juli 1932 selbst in etlichen Darstellungen zur Geschichte der Weimarer Republik hinreichend beschrieben.¹ Aber

1 Zum »Preußenschlag« siehe vor allem Rudolf Morsey: Zur Geschichte des »Preußenschlags« am 20. Juli 1932. Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 9 (1961), H. 2, S. 430-439; Karl D. Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik, 5. Aufl., Stuttgart 1971, S. 491-526; Ernst R. Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 7: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart u. a. 1978, S. 1015-1047; Gerhard Schulz: »Preußenschlag« oder Staatsstreich? Neues zum 20. Juli 1932, in: Der Staat 17 (1978), H. 4, S. 553-581; Hans-Peter Ehni: Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928-1932 (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 111), Bonn-Bad Godesberg 1975; Wolfgang Benz/Immanuel Geiss: Staatsstreich gegen Preußen. 20. Juli 1932, Düsseldorf 1982; Ludwig Biewer: Der Preußenschlag vom 20. Juli 1932. Ursachen, Ereignisse, Folgen und Wertung, in: Blätter für Deutsche Landesgeschichte 119 (1983), S. 159-172; Hagen Schulze: Weimar. Deutschland 1917-1933 (= Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 4), Berlin (West) 1982, S. 378-382; Christoph Graf: Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 36), Berlin (West) 1983, S. 49-91; Gotthard Jasper: Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934 (= Neue historische Bibliothek), Frankfurt am Main 1986, S. 93-104; Hans Mommsen: Die verspielte

immer noch sind die Blicke der Historiker vor allem auf das Geschehen auf Reichsebene und die preußische Regierung gerichtet, und die politischen Entwicklungen innerhalb Preußens, vor allem in den preußischen Ländern außerhalb Berlins, sind nach wie vor ein veritables Forschungsfeld. Betrachtet man die Säuberung der Polizei oder die Gespräche zwischen Zentrum und Nationalsozialisten über eine mögliche Regierungskoalition in Preußen, dann erscheint Preußen durchaus als eine Art Laboratorium der Machteroberung im Reich wenige Monate später. Es spricht daher einiges dafür, Preußen als eigenständigen und wichtigen Faktor der deutschen Politik in der Zeit zwischen 1930 und 1933 ernst zu nehmen und sehr viel genauer zu untersuchen, als es bisher geschehen ist.

Preußen und der Aufstieg der Nationalsozialisten

Dass Preußen ein »Bollwerk« der Weimarer Demokratie sein konnte, verdankte es einem zeitlichen Vorteil. In der Landtagswahl vom Mai 1928 hatte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 29 Prozent der Stimmen errungen und konnte wiederum mit dem katholischen Zentrum und der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), aus der 1930 die Deutsche Staatspartei hervorging, jene »Weimarer Koalition« bilden, die schon nach 1919 im Reich für wenige Jahre und eben in Preußen seit dieser Zeit für eine stabile republikanische Regierung der Mitte gestanden hatte. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) blieb dagegen mit einem Stimmenergebnis von 1,8 Prozent marginal, zog aber dennoch mit sechs Abgeordneten in den Preußischen Landtag ein. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) errang 11,9 Prozent der Stimmen und 56 Mandate. Die nächsten Wahlen fanden erst im April 1932 statt, und in diesen vier Jahren konnte die preußische Regierung unter Otto Braun als Ministerpräsident die Rolle eines resoluten, demokratischen Faktors in der Weimarer Republik übernehmen. Unter dem sozialdemokratischen Innenminister Carl Severing, einem ehemaligen Schlosser aus Bielefeld, der seine Karriere in der SPD als Redakteur

Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918–1933 (= Propyläen Deutsche Geschichte, Bd. 8), Berlin (West) 1989, S. 449–458; Gerhard Schulz: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. 3: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933, Berlin u. a. 1992, S. 450–459; Heinrich A. Winkler: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 495–505; Gerhard Weiduschat (Bearb.): Ein Staatsstreich? Die Reichsexekution gegen Preußen. Darstellungen und Dokumente, Berlin 2007; Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008, S. 470–473.



Wahlversammlung der NSDAP zur bevorstehenden Reichstagswahl im Berliner Sportpalast, 12. September 1930.

machte und von 1907 bis 1912 Reichstagsabgeordneter gewesen war, kam es zu einer Republikanisierung der preußischen Beamtenschaft auf der leitenden Ebene. 1929 waren 291 der 540 politischen Beamten, neun von elf Oberpräsidenten und 21 von 32 Regierungspräsidenten Mitglieder der Regierungsparteien SPD, Zentrum oder DDP. Von den 30 Polizeipräsidenten in Preußen waren 1928 15 Mitglieder der SPD, fünf des Zentrums, vier der DDP, drei der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) und drei parteilos.²

Doch spätestens mit der Reichstagswahl im September 1930 war die drohende politische Bedeutung der Nationalsozialisten unverkennbar.³ Während die SPD bei der Wahl zwar Stimmen verlor, mit 24,5 Prozent aber immer noch stärkste Reichstagsfraktion blieb und die KPD ihren Anteil von 10,6 Prozent 1928 auf 13,1 Prozent steigern konnte, erlitt das bürgerliche Lager dramatische Verluste. Dagegen übertraf der Erfolg der NSDAP selbst die eigenen Erwartungen. Ihre Stimmenzahl stieg von gut 800.000 auf über 6,4 Millionen, das entsprach einem Anteil von 18,3 Prozent. Damit wurde die NSDAP auf Anhieb zweitstärkste Partei und zog mit 107

2 Vgl. Christopher Clark: Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947, München 2008, S. 719.

3 Zu Otto Braun siehe Hagen Schulze: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, Frankfurt am Main u. a. 1977; Manfred Görtemaker (Hrsg.): Otto Braun. Ein preußischer Demokrat, Berlin 2014.

Abgeordneten in den Reichstag ein – ein politischer Erdbeben, wie es ihn in der Geschichte der parlamentarischen Wahlen in Deutschland bis dahin noch nicht gegeben hatte.⁴

Bei den Gemeinde- und Provinziallandtagswahlen in Preußen im November 1929 hatte die NSDAP bereits fünf Prozent der Stimmen erringen können; am erfolgreichsten war sie in den östlichen Provinzen.⁵ Unmittelbar danach insistierte Wilhelm Kube, der Führer der nationalsozialistischen Landtagsgruppe, darauf, dass diese 900.000 Wähler der NSDAP nicht mehr durch die sechs Landtagsmandate repräsentiert würden, die in der Landtagswahl vom Mai 1928 errungen worden waren, sondern einer Stärke von mindestens 22 bis 25 Sitzen entsprächen.⁶ Bei der Reichstagswahl im September 1930 errang die SPD in Preußen 4,9 Millionen Stimmen (23,2 Prozent) und lag damit unter dem Reichsdurchschnitt. Die NSDAP erzielte 3,9 Millionen Stimmen in Preußen und erreichte 18,5 Prozent, relativ gesehen ebenso viel wie im Reich. Ihre Hochburgen lagen auf dem Land, vor allem in Ostpreußen, Pommern und Hessen, wohingegen sich die SPD in Berlin klar gegen die NSDAP behaupten konnte. Die bestimmende Kraft in den katholischen Wahlbezirken Köln und Koblenz blieb das Zentrum, das mit 3,15 Millionen Stimmen (14,7 Prozent) die drittstärkste Partei in Preußen wurde, nur ganz knapp vor der KPD mit 3,14 Millionen Stimmen (14,6 Prozent). Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) erreichte 9,2 Prozent, die Deutsche Volkspartei (DVP) 4,7 und die seit 1930 als Deutsche Staatspartei firmierende ehemalige DDP als Mitglied der Regierungskoalition nur 3,2 Prozent.⁷ Offenkundig entsprachen die gegenwärtigen politischen Machtverhältnisse nicht mehr dem Wahlergebnis aus dem Jahr 1928. Die sozialdemokratisch geführte Regierung in Preußen, dem größten und wichtigsten Land des Deutschen Reiches, zu stürzen, bildete nun die vordringliche Absicht der politischen Rechten.

Der »Stahlhelm« und mit ihm die NSDAP, DNVP, DVP sowie weitere kleinere Organisationen und Parteien brachten im Frühjahr 1931 ein Volksbegehren auf den Weg, das die sofortige Auflösung des Preußischen Landtags und Neuwahlen forderte. Überraschenderweise schloss sich auch die KPD-Führung dieser Initiative an und rief ihre Anhänger dazu auf, ebenfalls, also gemeinsam mit den National-

4 Vgl. Winkler: Weimar 1918–1933 (wie Anm. 1), S. 388.

5 Vgl. Sabine Höner: Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staats- und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928–1934 (= Bochumer historische Studien, Neuere Geschichte, Bd. 3), Bochum 1984, S. 107.

6 Vgl. ebd., S. 107 f.

7 Gegenüberstellung der bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag am 14. September 1930 und am 31. Juli 1932 im Freistaat Preußen abgegebenen gültigen Stimmen nach Wahlkreisen, in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), I. HA, Rep. 90a, Tit. 2535, Bl. 40.

sozialisten, für die Auflösung zu stimmen. Trotzdem schlug der Versuch fehl: Am 9. August 1931 votierten nur 37 Prozent der preußischen Wähler, also 9,8 Millionen Menschen, für den Volksentscheid; über 13 Millionen Stimmen wären allerdings notwendig gewesen, um Neuwahlen auf den Weg zu bringen. Die Zahl der Befürworter lag damit deutlich unter der Zahl der Stimmen, die die Parteien, die den Volksentscheid unterstützten, bei der Reichstagswahl im September 1930 erhalten hatten. In etlichen Bezirken hatten gerade kommunistische Wähler sich der Aufforderung der Parteiführung nicht gefügt. In den »roten« Berliner Bezirken Wedding und Friedrichshain erhielten die Parteien des Volksentscheids noch nicht einmal so viele Stimmen, wie die KPD allein im September 1930 hatte auf sich vereinigen können.⁸

Damit werden die Verwerfungen und Veränderungen deutlich, die sich in diesen Monaten innerhalb der Wählerschaft in Preußen zutrugen, und es wäre sicher lohnend, den Abstimmungsverhältnissen und politischen Auseinandersetzungen über den Volksentscheid vor Ort nachzugehen. Denn zum einen brachte die Septemberwahl 1930 die NSDAP in die führende Rolle innerhalb der Rechten, zumal insbesondere die DNVP die Hälfte ihrer Stimmen einbüßte. Der »Stahlhelm« wollte offenkundig mit seinem Anstoß für einen Volksentscheid in Preußen die Initiative innerhalb der Rechten zurückgewinnen, und die NSDAP war im Frühjahr noch zurückhaltend, mit welchem Engagement sie sich dieser Aktion anschließen sollte.⁹ Diese Veränderung in der Führungsrolle könnte mit lokalen und regionalen Studien ebenso aufgehellert werden wie das Verhalten der Anhänger und Mitglieder der KPD gegenüber dem »Sozialfaschismus«-Kurs der Parteiführung, der ja hier in Preußen 1931 gewissermaßen auch zur Abstimmung stand.

Die Wahlergebnisse aus Berlin zeigen eine deutliche Ablehnung der Basis, mit den Nationalsozialisten gemeinsame Sache gegen eine sozialdemokratische Regierung zu machen, so sehr auch die KPD-Führung bemüht war, den Ministerpräsidenten Otto Braun und Innenminister Carl Severing als Wegbereiter des Faschismus zu denunzieren. Aber wie steht es mit anderen preußischen Regionen mit nennenswerten kommunistischen Wähleranteilen? In jedem Fall darf die konkrete Entfremdung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten durch eine solche Politik nicht unterschätzt werden. Schließlich ist nur über konkrete Lokalstudien zu erfahren, ob und wie es tatsächlich vor Ort zu einer politischen Zusammenarbeit zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten für den Volksentscheid kam.

8 Vgl. Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 16), 7., durchges. u. erw. Aufl., München 2009, S. 135; Winkler: Weimar 1918–1933 (wie Anm. 1), S. 422–424.

9 Vgl. Höner: Der nationalsozialistische Zugriff (wie Anm. 5), S. 129–132.